

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung namens der Landesregierung

Kapazitätserweiterung der Erstaufnahmeeinrichtungen

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD), eingegangen am 30.10.2025 - Drs. 19/8880, an die Staatskanzlei übersandt am 05.11.2025

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung namens der Landesregierung vom 25.11.2025

Vorbemerkung des Abgeordneten

Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026, Einzelplan 20, veranschlagt die Landesregierung in der Titelgruppe 70 (Baumaßnahmen der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen) 40 000 000 Euro mehr mit folgender Erläuterung:

„Die ansteigende Anzahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern erfordert eine bauliche Kapazitätserweiterung der Erstaufnahmeeinrichtungen.“

1. Wie ist die Erläuterung in Einklang zu bringen mit dem Umstand, dass die Zuzugszahlen laut der Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung¹ „deutlich“ gesunken sind und es weiterhin das „klare Ziel“ sei, die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren?

Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) ist in den vergangenen Jahren aufgrund der weltweiten Fluchtbewegungen und des daraus folgenden Zugangsgeschehens in Niedersachsen regelmäßig an ihre Aufnahmegrenzen gestoßen. In den Jahren 2022 und 2023 mussten die regulären Standorte der LAB NI in die sogenannte Notbelegung (u. a. Unterbringung in Zelten, Hallen, Schulungsräumen) gehen und kurzfristig Unterbringungsplätze in Notunterkünften (u. a. in den Messehallen Hannover und einem Baumarkt in Garbsen) geschaffen werden, um Schutzsuchende vor der Obdachlosigkeit zu bewahren und eine Grundversorgung für sie sicherzustellen.

Um die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in Niedersachsen dauerhaft abzusichern, soll die reguläre Kapazität an den Standorten der LAB NI ausgebaut werden. Dadurch soll die LAB NI in die Lage versetzt werden, auf sich kurzfristig verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können, ein angemessenes Zusammenspiel zwischen Zugängen und kommunaler Verteilung zu steuern und wirtschaftlich zu handeln. Dabei darf nicht nur das (jeweils) aktuelle Zugangsgeschehen in den Blick genommen werden. Es ist für die Erfüllung des § 44 Abs. 1 Asylgesetz (AsylG) nicht ausreichend, dass die Länder jeweils nur für den aktuellen Zugang Aufnahmekapazitäten vorhalten. Vielmehr müssen die Länder auch bei einem Anstieg der Zugangszahlen weiterhin aufnahmefähig bleiben, sodass hierfür Vorkehrungen zu treffen sind.

Darüber hinaus muss die LAB NI mit ihrer Kapazität in der Lage sein, die Wohnverpflichtungen in ihren Einrichtungen zu gewährleisten. Der Aufenthalt in den Aufnahmeeinrichtungen der Länder ist

¹ Vgl. https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/neues-verteilkontingent-niedersachsen-rechnet-in-den-kommenden-sechs-monaten-erneut-mit-rund-7-200-schutzsuchenden-die-auf-kommunen-verteilt-werden-245676.html?utm_source=chatgpt.com

in § 47 AsylG geregelt und hat in den vergangenen Jahren einen Wandel zu längeren Aufenthaltszeiten in den Aufnahmeeinrichtungen vollzogen. Das Land Niedersachsen ist im Einklang mit den niedersächsischen Kommunen bestrebt, die Möglichkeiten des § 47 AsylG auszuschöpfen und den Aufenthalt in seinen Aufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten.

2. In welchen Erstaufnahmeeinrichtungen sollen die Kapazitäten um welches Ausmaß erweitert werden?

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 im Einzelplan 20 sollen 300 Unterkunftsplätze am Standort Bramsche und 352 Unterkunftsplätze am Standort Osnabrück geschaffen werden.

3. Wie ist der Planungsstand für die geplante Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung einschließlich BAMF-Außenstelle in Hannover², und sind die Kosten hierfür im Haushaltsplanentwurf bereits berücksichtigt? Falls ja, wo?

Das Land Niedersachsen ist nach wie vor daran interessiert, in Hannover eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Geflüchtete zu errichten. Die Prüfung und die Gespräche mit der Landeshauptstadt Hannover dazu laufen weiterhin. Hierfür wurde im Haushaltsjahr 2025 eine Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von rund 102 Millionen Euro für eine Laufzeit von 15 Jahren ausgebracht. Diese ist Bestandteil der im Einzelplan 03, Kapitel 0328, Titel 518 10 genannten Gesamtsumme aller im Jahr 2025 ausgebrachten VE in Höhe von 162 659 000 Euro. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen wird der Vertragsabschluss für die EAE in Hannover in 2025 noch nicht erfolgen. Die Neuveranschlagung der VE ist deshalb für das Jahr 2026 vorgesehen, eine Änderung des HPE 2026 mittels der sogenannten Technischen Liste ist beabsichtigt.

² Vgl. Drs. 19/5534